

(Abgeordneter Schreiber.)

(A) Aber der Herr Abgeordnete Günther macht doch auch aus seinem Herzen keine Mördergrube,

(Abgeordneter Günther: Sehr richtig!)

wenn er über irgend eine Preßäußerung ein Argernis empfindet.

(Abgeordneter Günther: Es kommt darauf an, in welcher Form!)

Er darf also auch uns keinen Vorwurf machen, wenn wir in ähnlicher Lage einen Antrag einbringen; er darf uns dann nicht unterschreiben, daß wir damit lediglich einen agitatorischen Zweck verfolgten. Ich verstehe die Haltung der Liberalen in dieser Frage durchaus nicht. Ich hätte gemeint, daß sämtliche bürgerlichen Parteien, auch die Herren Liberalen, mit uns darin einig sein und bestrebt sein würden, das Übel an der Wurzel anzufassen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit vor allen Dingen noch auf eins hinweisen. In unserer gegenwärtigen Zeit ist man überall bestrebt, die Gesundheit des Volkskörpers und die körperliche Tüchtigkeit unseres Volkes wieder so viel als möglich zu heben. Unsere Staaten geben alljährlich Millionen für Hygiene aus, um alle möglichen gefährlichen Krankheiten einzudämmen, für Wohnungsfürsorge, für Jugendpflege usw., und sie tun das, weil sie mit Recht der Meinung sind, daß nur ein körperlich gesundes und kräftiges Geschlecht in dem schweren wirtschaftlichen Kampfe bestehen kann und daß nur ein solches Geschlecht unser Vaterland demaleinst in ernstesten Zeiten gegen feindliche Angriffe wird verteidigen können. Aber ich meine, meine Herren, körperliche Kraft und Tüchtigkeit und Gesundheit allein genügen nicht, es gilt vor allen Dingen auch, das persönliche Bewußtsein unseres Volkes zu stärken und das Gefühl der Zusammengehörigkeit der einzelnen Volksmitglieder zu heben.

(Sehr richtig! rechts.)

Aus diesen Gründen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß eine Presse vom Schlage des „Berliner Tageblattes“ derartige Stimmungen in unser Volk hineinträgt, und wir können es niemals dulden, daß alles, was uns hoch und heilig ist, in den Rot getreten wird. Nach dieser Richtung hin hat das „Berliner Tageblatt“ entschieden zu jeder Zeit den Rekord geschlagen. Gerade das „Berliner Tageblatt“ ist es auch gewesen, das immer nur die Geschäfte des Auslandes besorgt hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Wenn in der Kammer davon die Rede gewesen ist, (C) daß unser Antrag ein Vorstoß gegen die Preßfreiheit wäre, so möchten wir das mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir sind uns der hohen Bedeutung unserer Presse vollständig bewußt und wollen die ihr zustehenden Rechte durchaus nicht schmälern. Wir betrachten die Presse als ein Sicherheitsventil der öffentlichen Meinung. Was aber mit diesem Antrage beschnitten werden soll, das ist nicht die Preßfreiheit, sondern das ist unseres Erachtens die Preßrechtheit. Das Vorgehen des „Berliner Tageblattes“ wird ja auch von allen anständigen Zeitungen verurteilt. Die Herren Liberalen haben ja in der Debatte ausgeführt, daß auch sie die Haltung dieses Blattes verurteilen.

(Abgeordneter Günther: Auch die des „Vaterlandes“!)

Aber sie haben auch hinzugefügt, man solle in solchen Fragen nicht kleinlich sein. Ich bin allerdings anderer Ansicht. Gewiß können wir die Lektüre einer solchen Zeitung nicht verbieten, aber eins können und müssen wir: wir müssen uns dagegen wenden, daß die sächsische Regierung durch ihre Einrichtungen den Vertrieb eines Blattes fördert, das die Ehre unseres Königshauses in so verletzender Weise angegriffen hat,

(Sehr richtig! rechts.)

eines Blattes, das kein Verständnis für unsere heiligsten Gefühle hat, eines Blattes, das die größte deutsche Jugendbewegung, unsere Deutsche Turnerschaft, so mit Schmutz beworfen hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bitte Sie deshalb, meine Herren, lassen Sie sich nicht etwa von engherzigen Bedenken und Rücksichten leiten, sondern handeln Sie nach dem Gedanken, der in dem Dichterworte liegt: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre!“

(Bravo! rechts. — Abgeordneter Günther: Siehe „Vaterland“ 1902!)

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Antragsteller verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen zur Abstimmung:

Ich frage also:

Will die Kammer beschließen: die Königliche Staatsregierung zu ersuchen:

1. den Verkauf des „Berliner Tageblattes“ auf allen Stationen der sächsischen Staatsbahnen zu verbieten,

(D)